

ÜBERSICHTEN

Außenpolitik

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

*(1) Reform der diplomatischen Protokollformalitäten

Den chinesischen Politikern wachsen die Bankette und dem Finanzministerium die dafür nötigen Ausgaben über den Kopf. Um hier Remedur zu schaffen und sowohl Zeit als auch Geld zu sparen, hat der Staatsrat beschlossen, die diplomatischen Protokollformalitäten zu vereinfachen. In der Vergangenheit hätten sich die Ausgaben für das Protokollwesen jährlich um 14% gesteigert, während das Durchschnittseinkommen nur um 12%, die staatlichen Einnahmen gar nur um 9% gestiegen seien. Vor allem die umständlichen Protokollformalitäten hätten viel Geld gekostet. Nach Prüfung ausländischer Modelle habe China im Juni 1987 begonnen, auch hier Reformen einzuführen. Anlaß dafür war der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in fünf Ländern Osteuropas und in Pakistan.

Künftig sollen sämtliche chinesischen Politiker, vom Minister aufwärts, im Ausland keine Gegenbankette mehr geben. Ferner sollen nach ihrer Rückkehr auch keine Empfänge der diplomatischen Gesandten der Gastgeberländer mehr stattfinden. Drittens würden die ausländischen Staatsoberhäupter und Regierungschefs, die nach China kommen, der Verpflichtung enthoben, während ihres Aufenthalts Erwidrerbankette zu geben.

Die Reform solle eine Reduzierung der Ausgaben und eine Zeitersparnis für die führenden Politiker bewirken. Das Geld solle in Zukunft für wichtigere Zwecke ausgegeben und die Zeit auf die wirklich wichtigen Programmpunkte der Besucher konzentriert werden.

Die Protokollreform sei, wie die zuständigen chinesischen Stellen meinen, überall auf Beifall gestoßen. Ein westlicher Botschafter habe erklärt, daß die Beziehungen zwischen seinem Land und China

inzwischen so weit gediehen seien, daß es keiner zeitaufwendigen Formalitäten mehr bedürfe (XNA, 24.8.87).

China ist mit dieser Regelung gleichsam über seinen eigenen Schatten gesprungen. Das Salz aller Beziehungen sind ja nach wie vor gute persönliche Kontakte, die sich bekanntlich im chinesischen Kontext auf Banketten am besten herstellen lassen. Die sachliche Abstimmung ist dann nur noch eine mehr oder weniger automatische Folge solcher Guanxi. Ob man darauf in Zukunft wirklich ganz verzichten kann? Vermutlich soll die neue Regelung nur bewirken, die Automatik des Gegeneinladungsrituals abzuschaffen, nicht jedoch Einladungen an und von wirklich wichtigen Partner(n). -we-

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

*(2) Partnerschaftsbeziehungen zwischen bundesdeutschen Ländern und chinesischen Provinzen

Liaoning, Jiangsu und
Baden-Württemberg
Shandong und
Bayern
Dalian und
Bremen
Shanghai und
Hamburg
Jiangsu, Hunan, Liaoning und
Hessen
Anhui und
Niedersachsen
Jiangsu, Sichuan, Shanxi und
Nordrhein-Westfalen
Anhui, Fijian und
Rheinland-Pfalz
Hunan, Hubei, Shanxi und
Saarland
Zhejiang und
Schleswig-Holstein

*(3) Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Sichuan

Am 28. Juli 1987 wurde in der Hauptstadt Sichuans, Chengdu, ein Partnerschaftsabkommen zwischen NRW und Sichuan unterzeichnet, wobei das deutsche Bundesland NRW durch sein Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, die Provinz dagegen durch das Büro für Auswärtige Angelegenheiten der Volksregierung der Provinz Sichuan vertreten war. Die gemeinsame Erklärung

umfaßt vier Punkte, in denen es heißt, daß beide Teile (1) bereit seien, ihre auf das Jahr 1982 zurückgehende Zusammenarbeit, vor allem auf den Gebieten Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Verkehr, auszubauen und daß sie zu diesem Zweck (2) vor allem den Besuch von Expertendelegationen, die Übernahme von qualifizierten Fach- und Führungskräften sowie die Förderung der technischen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit ins Auge fassen wollten. Die Kooperation auf den genannten Gebieten solle (3) der Weiterentwicklung und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung beider Länder, der Verstärkung der freundschaftlichen Zusammenarbeit sowie der Förderung der internationalen Verständigung, der Freundschaft und dem Frieden dienen (dies ist eine Formulierung, die bestimmt nicht auf das Konto von NRW geht!). Ferner heißt es (4), daß auf NRW-Seite in Zukunft das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, auf Sichuans Seite das Büro für Auswärtige Angelegenheiten der Provinz zuständig sei.

NRW hat damit bereits die dritte Partnerschaft mit einer chinesischen Provinz abgeschlossen: mit Shanxi, Jiangsu und - nunmehr - mit Sichuan. -we-

*(4) Beijing und Köln werden Schwesterstädte

Während bisher sämtliche deutsche Bundesländer, von Berlin abgesehen, mit chinesischen Provinzen Partnerschaftsverträge abgeschlossen haben, sind Städtepartnerschaften eher noch die Ausnahme - man denke an Wuhan/Duisburg oder an Bremen/Dalian, wobei die zuletzt genannte Verbindung bereits wieder von einer Stadt mit Bundeslandcharakter bestritten wurde.

Am 14. September 1987 nun kam es zur Aufnahme einer solchen Städtepartnerschaft zwischen Köln und Beijing. Zu diesem Zweck war eine Kölner Delegation unter der Leitung ihres Oberbürgermeisters Norbert Burger vom 12. bis 15. September in die chinesische Hauptstadt gereist. Gleichzeitig mit dem Partnerschaftsvertrag wurden auch Programme der Zusammenarbeit für die Jahre 1988 und 1989 unterzeichnet (XNA, 14.9.87).

Die Partnerschaft ist insofern etwas ungewöhnlich, als Beijing normalerweise nur mit Hauptstädten in Partnerschaftsverbindungen tritt, so wie es überhaupt chinesische Gewohnheit ist, die jeweiligen Schwesterstädte nach Ähnlichkeiten in wirtschaftlicher, historischer oder politischer Hinsicht auszusuchen. Offensichtlich aber schien den Chinesen die Partnerschaft Beijing/Bonn etwas inadäquat, so daß man lieber zur Nachbarstadt von Bonn gegriffen hat. Norbert Burger war zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Köln-Messe i.J. 1983 nach Beijing gekommen. Des weiteren hatte die erste und zweite Nationalausstellung der VR China in Köln stattgefunden, so daß hier bereits grundlegende Kontakte zustande gekommen waren. Neben New York ist Köln die einzige Nicht-Hauptstadt eines Landes, die Beijing zum Partner hat. Beide Städte wollen in nächster Zeit wechselseitige Informations- und Bilderausstellungen veranstalten und vor allem dafür sorgen, daß die Wirtschaftsbetriebe in ihrem Bereich miteinander in Verbindung treten. Auch die Beziehungen zwischen den Rundfunkanstalten in Köln und Beijing sollen ihre Kontakte verstärken, also der WDR und die Deutsche Welle mit Radio Beijing. Ferner will Köln Chinesen zu Deutsch-Dolmetschern ausbilden.

In Köln befinden sich bereits mehrere chinesische Vertretungen, die erst im Juli 1987 wieder durch Eröffnung einer Handelsförderungsstelle erweitert wurden. Mit diesem Schritt hat das chinesische Außenhandelsinformationszentrum CIEIC (China International Economic Information Center) die rheinische Metropole zum Standort ihrer ersten Auslandsvertretung bestimmt (Näheres dazu C.a., August 1987, Ü 1).

Neben Köln ist in letzter Zeit noch das Land Nordrhein-Westfalen besonders aktiv im Hinblick auf China gewesen und hat mittlerweile nicht weniger als drei chinesische Provinzen (Shanxi, Jiangsu und Sichuan) als Partner gewinnen können (vgl. dazu die weitere Übersicht).

Mit Westberlin andererseits scheinen die Chinesen nichts im Sinn zu haben. Für sie ist Berlin die Hauptstadt der DDR - und sonst offensichtlich nichts. Dies wurde zuletzt wieder darin deutlich, daß zwar Berichte über 750-Jahr-Fei-

ern aus Ostberlin erstattet wurden (so z.B. XNA, 5.9.87), daß über entsprechende Feiern in Westberlin dagegen der Mantel des Schweigens gebreitet wurde. -we-

USA

*** (5)**
Außenminister Wu Xueqian zum chinesisch-amerikanischen Verhältnis

Im großen und ganzen sei es, wie Wu Xueqian bei einer Rede vor dem US Council on Foreign Relations am 29. September 1987 in New York erklärte, um das sino-amerikanische Verhältnis recht gut bestellt, doch gebe es nach wie vor drei Hindernisse, nämlich erstens die mangelnde amerikanische Empathie (z.B. im Zusammenhang mit der chinesischen Geburtenkontrollpolitik), zweitens die amerikanische "Zwei-China-Politik" und, drittens, das Ungleichgewicht in den beiderseitigen Handelsbeziehungen: die USA seien mit 7,33 Mrd. US\$ Gesamthandelsaustausch i.J. 1986 zu Chinas drittgrößtem Handelspartner geworden, während China umgekehrt auf der amerikanischen Importliste nur 0,6% der Einfuhren bestreite (XNA, 30.9.87). -we-

NAHOST

*** (6)**
Zusammentreffen des chinesischen Außenministers mit seinem israelischen Kollegen

Auf Vorschlag der chinesischen Seite haben sich die beiden Außenminister Wu Xueqian und Shimon Peres am 30. September 1987 am Rande einer UNO-Veranstaltung in New York getroffen. Beide referierten ihre Standpunkte in der Mittelost-Frage. China wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es weiterhin hinter der PLO stehe (XNA, 10.9.87).

Es war das erste Treffen auf Ministerbene zwischen beiden Ländern. Obwohl die Chinesen den Israelis gegenüber nach außen hin immer den Uninteressierten spielten, ist es doch insgeheim zu einer engen Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen gekommen (im einzelnen dazu C.a., Juli 1987, Ü 4). -we-

Innenpolitik

*** (7)**
Vorbereitung des XIII. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas

Die konkreten Vorbereitungen für den XIII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas begannen bereits kurz nach der 6. Plenartagung des XII. Zentralkomitees, die am 28. September 1986 stattfand und auf der der Beschluß zur Einberufung des XIII. Parteitags formell gefaßt worden war. Im Oktober wurde eine Arbeitsgruppe zur Erstellung des Entwurfs des Arbeitsberichts des ZK für den XIII. Parteitag gebildet, der über 10 Personen sowie einige Altrevolutionäre als "Berater" angehörten. Diese Gruppe soll - nach Informationen der Beijinger Zeitschrift *Liaowang* - unter der persönlichen Leitung von Zhao Ziyang gestanden haben (Liaowang, 31.8.87, S.5).

Von zentraler Bedeutung für den Ablauf und die Beschlüsse des XIII. Parteitags war wahrscheinlich das alljährliche Sommertreffen der politischen Elite im Prominenten-Seebad Beidaihe, das Mitte Juli begann und bis in die zweite Augusthälfte andauerte (Liaowang, 31.8.87, S.4). Nach der Konferenz in Beidaihe teilte Wan Li am 22. August japanischen Journalisten mit, daß der XIII. Parteitag am 25. Oktober einberufen werde (C.a., August 1987, Ü 8). Von der *Volkszeitung* wurde dieser Termin erst am 3. September bekanntgegeben.

In Beidaihe legte die ZK-Arbeitsgruppe zur Erstellung des Entwurfs des Arbeitsberichts für den XIII. Parteitag den dritten Entwurf des Rechenschaftsberichts des XII. ZK vor, der daraufhin von den Mitgliedern des ZK-Sekretariats und einigen Politbüro-Mitgliedern diskutiert und abgeändert wurde. Dieser weniger als 20 Personen umfassende relativ kleine informelle Kreis von Spitzenpolitikern erarbeitete den vierten Entwurf des ZK-Berichts, der Ende August an rund 5.000 Führungspersönlichkeiten zur Diskussion und Stellungnahme verschickt wurde.

Dieser Personenkreis umfaßte folgende Gruppen:
- die Mitglieder und Kandidaten des XII. Zentralkomitees (343),